



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/85 - 14. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Recht auf Selbstbestimmung</u> Zum Kommuniqué von Washington	35
2	<u>Fair Play</u> Gagarin soll nach der USA kommen	17
2	<u>Späte Erkenntnis</u> Algerien und die Franzosen	25
3	<u>Glosse:</u> <u>Parapsychologie ...</u> ... oder "der Anstrich" des Bundestages	30
4	<u>Kräfteverhältnis der Parteien in Bund und Ländern</u> Seit Kriegsende schon 73 Parteien	32
5	<u>Die NATO-Tagung in Oslo</u> Von unserem B.W.-Mitarbeiter in Oslo	52
6	<u>Ein "Fall Eichmann" in Österreich?</u> Überlebende Persönlichkeiten des Ghettos Wilna fordern Bestrafung von Franz Murcer	48

* * * * *
* * *

Recht auf Selbstbestimmung

Zum Kommuniqué von Washington

sp- Es ist zu begrüßen, dass der amerikanische Präsident und der Kanzler der Bundesrepublik bei ihren Gesprächen in Washington volle Übereinstimmung in den prinzipiellen Fragen des gemeinsamen westlichen Widerstandes gegen einen möglichen Angriff aus dem Osten gefunden haben.

Besonders der Hinweis darauf, dass für die Lösung der Deutschlandfrage das Selbstbestimmungsrecht angewendet werden müsse, ist wichtig. Damit wird das deutsche Problem in den Rahmen der grossen internationalen Diskussion über die vernünftige Neuordnung der Welt nach dem Kriege gestellt.

Die Frage, wie die westliche Verteidigungsgemeinschaft gestärkt werden könne, blieb offen. Man begnügte sich mit der Feststellung, dass eine engere politische Zusammenarbeit innerhalb des westlichen Verteidigungsbündnisses angebahnt werden sollte. Wahrscheinlich hat die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Konsultationen mit den übrigen NATO-Partnern noch nicht abgeschlossen, und sicher will Kennedy erst mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle sprechen, um dessen Vorstellungen zur weiteren Ausgestaltung der NATO genau kennenzulernen.

Es besteht kein Zweifel, dass die schon vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt während seines Aufenthaltes in den USA immer wieder in den Vordergrund gestellte These vom Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes einen Teil der politischen Offensive des Westens in der Auseinandersetzung mit dem totalitären Osten darstellt.

Hierbei geht es nicht nur um das deutsche Problem allein, sondern auch um alle die Fragen, die im Zusammenhang mit der politischen Positionsbestimmung der in den letzten Jahren selbständig gewordenen afrikanischen und asiatischen Staaten beschränkt werden müssen. Denn hier wird sich, ebenso wie bei dem Versuch der Lösung des Deutschlandproblems, zeigen, inwieweit Moskau die Versicherung ernst zu nehmen gedenkt, der Osten wünsche mit dem Westen und den neutralen Staaten in einer "friedlichen Koexistenz" zu leben.

Fair Play

Gagarin soll nach den USA kommen

sp- In den zahlreichen Kommentaren über den geglückten Weltraumflug Gagarins kann man gelegentlich auch lesen, daß sowjetische Weltraumflieger sei ja "nur ein Versuchskaninchen" gewesen und von "Fliegenkörnern überhaupt keine Rede sein. Man habe den Mann wie eines der vielen Teilchen der Rakete eingefügt, und sein "Funktionieren" sei für einen "Sowjetmenschen" eine Selbstverständlichkeit. Zur Glück handelt es sich hierbei nur um einzelne Stimmen, denn im allgemeinen haben auch die westlichen Staatsmänner und Wissenschaftler rückhaltlos den Erfolg sowjetischer Weltraumforschung anerkannt. - In den Vereinigten Staaten ist man noch über die offizielle Anerkennung hinausgegangen. Der republikanische Abgeordnete James G. Fulton hat Präsident Kennedy aufgefordert, den sowjetischen Major Gagarin zu einem Triumphzug durch Amerika einzuladen. Fulton meint dazu: "Dies ist eine Grosstat der ganzen Menschheit. Hier hat es keinen Zweck, grollend abseits zu stehen. Wir würden Grösse zeigen, wenn wir Gagarin einladen, unser Gast zu sein". - Da kann man nur sagen "Fair Play", und den republikanischen Abgeordneten zu seinem Vorschlag beglückwünschen.

* * *

Späte Erkenntnis

Algerien und die Franzosen

sp- "Frankreich muss sich in Algerien aus einer Situation herauslösen, die am Ende mehr kosten wird, als sie wert ist". - Das sagte nicht etwa ein Politiker der französischen Linken, sondern Staatspräsident Charles de Gaulle in einer Ansprache während seiner Reise in die südwestlichen Provinzen. Die Agenturen melden, 20 000 Zuhörer hätten bei dieser durchaus richtigen Feststellung des Staatspräsidenten stürmisch Beifall geklatscht. - Inner wieder, wenn man so etwas liest, fragt man sich, warum die Menschen so lange Zeit brauchen, um zu begreifen, was vernünftig ist. 1936 hat der damalige sozialistische Ministerpräsident Frankreichs, Léon Blum, seinen Landsleuten bereits ähnliches gesagt. Er wurde von ihnen deswegen nicht gerade sanft behandelt. Sofort nach dem zweiten Weltkrieg versicherte de Gaulle den Nordafrikanern, die Lösung ihrer Probleme müsse in einer freien Vereinbarung zwischen dem Mutterland und den Nordafrikanern gesucht werden. Man dankte ihm diese Erkenntnis nicht. Als später Ministerpräsident Mendès-France die indochinesische Hypothek Frankreichs löschte und für Nordafrika dasselbe zu tun sich anschickte, wurde er beschimpft und davongejagt. Dem sozialistischen Ministerpräsidenten Guy Mollet ging es nicht viel besser. Seine Bemühungen um eine friedliche und gerechte Lösung des Algerienproblems wurden von der gesamten Rechten - auch von den heutigen "Gaullisten" - als "Vaterlandsverrat" bezeichnet. Wenn jetzt Staatspräsident de Gaulle den Beifall seiner Landsleute für die gleichen Feststellungen findet, die lange vor ihm von anderen französischen Staatsmännern getroffen wurden, dann kann man nur wünschen, dass dieser Beifall möglichst bald in eine politische Tat umgerünzt wird.

* * *

Glossar:

Farbpsychologie ...

Ja.- Bei den Umbauberatungen für das Bundestagsplenum ist u.a. vorgeschlagen worden, das bisherige Schwarz-Grün des Interieurs durch "humorförderndere" Farben zu ersetzen. Das ist im wahren Sinne des Wortes "einleuchtend". Seit langer streicht man Büros und Schulklassen grün, weil diese Farbe einen beruhigenden Einfluß ausüben soll, während man gelb mit dem höchsten Farbwert auszeichnet und ihr einen aufreizenden Charakter zuschreibt.

Bei gründlichem Nachdenken kommt man im Falle Plenarsaal dazu, dass hier überhaupt keine starre Farbregelung am Platze ist. Einmal sind die Debatten so friedfertig, dass selbst Abgeordnete von Langeweile ergriffen werden, ein anderes Mal gehen die Wogen der Erregung höher, als der Präsident es erlaubt. Zur Lösung dieses "Problems" haben wir uns in ein humorfördernd gestrichenes Zimmer zurückgezogen und folgende Lösung erdacht:

Man streiche den Bundestag weder grün, noch gelb, sondern - weiss. Dann bringe man farbige Lampen an, mit denen man die weissen Flächen wechselhaft einstrahlen kann. Der Präsident kann dann Ordnungsrufe durch das Einschalten grüner Beleuchtung ersetzen. Stellt er - auf den Zuschauertribünen, versteht sich - das erste Gähnen fest, so kann er langatmige Vorleser durch gelbe Lichtstrahler zu rastorischem Feuerwerk ermuntern.

Bei hinzukommenden Zuschauergruppen kann der Präsident von Zeit zu Zeit signalisieren, welche Partei gerade das Wort ergreift: Für die Freien Demokraten wird der Saal in sanftes azurblau getaucht, die Sozialdemokraten werden mit einem weichen rot bedacht. Den Arbeitnehmern der CDU/CSU wird ein kleines rosa Lämpchen am Rednerpult zugestanden. Im übrigen aber kann der Präsident der schwarzen Farbe der derzeitigen Regierungspartei sogar kostensparend gerecht werden. Er schaltet einfach das gesamte Licht aus ...

Kräfteverhältnis der Parteien in Bund und Ländern

Seit Kriegsende schon 73 Parteien

W.P.- Nach einem Bericht des Statistischen Bundesamtes, der jetzt aus Anlass der bevorstehenden Bundestagswahl zusammengestellt und veröffentlicht wurde, steht die SPD in den Parlamenten der elf Länder und Stadtstaaten mit 589 Sitzen an der Spitze, während die CDU/CSU über 555 Sitze verfügt. Die absolute Mehrheit hat die SPD in Bremen, Hamburg, Hessen und Berlin, die relative Mehrheit in Niedersachsen. Die CDU/CSU hat in zwei Ländern (Bayern und Rheinland-Pfalz) die absolute Mehrheit und ist in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und im Saarland die stärkste Partei.

Die Freien Demokraten sind im Abgeordnetenhaus von Berlin nicht mehr vertreten, weil sie die 5%-Klausel nicht erreichten; in den zehn übrigen Landesparlamenten verfügen sie insgesamt über 95 Sitze.

Weitere Landtagsmandate besitzen die Deutsche Partei (36 in Bremen und Niedersachsen), der Gesamtdeutsche Block/BHE (49 in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern), die Bayernpartei (14 in Bayern), die Saarländische Volkspartei (6 im Saarland), der Südschleswigsche Wählerverband (2 in Schleswig-Holstein) und die Deutsche Reichspartei (1 in Rheinland-Pfalz).

Im Saarland trat bei der Landtagswahl 1960 erstmalig die Deutsche Demokratische Union in Erscheinung, die als kommunistisch durchsetzt gilt. Sie vermochte zwei Mandate zu erringen.

Insgesamt treten ausser den 1 239 Abgeordneten der drei grossen Parteien (SPD, CDU/CSU und FDP) noch weitere 108 Abgeordnete der genannten übrigen Parteien auf.

Aus dem Bericht des Statistischen Bundesamtes geht auch hervor, dass bei den bisherigen Bundestags- und Landtagswahlen seit dem Kriege 73 Parteien Kandidaten aufgestellt haben. Davon nahmen 29 an Bundestagswahlen, die übrigen an Landtagswahlen teil.

Die Parteienfluktuation zeigt, dass an den Landtagswahlen, die in den letzten Jahren in allen elf Ländern stattgefunden haben, nur noch 24 Parteien teilnahmen; also weniger, als sich insgesamt an einer der Bundestagswahlen beteiligt haben. Die meisten Parteien, die die Darstellung des Statistischen Bundesamtes aufführt, sind alle bereits wieder von der Bildfläche verschwunden.

Die NATO-Tagung in Oslo

Von unserem E.W.-Mitarbeiter in Oslo

Anfang Mai wird in Oslo die grosse Tagung der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft stattfinden, der ersten seit dem Amtsantritt von Präsident Kennedy. Auf dieser Tagung wird aller Voraussicht nach von den Vereinigten Staaten her dort inzwischen von den Beratern des Präsidenten entwickelte "New Look" der westlichen Verteidigungsstrategie vorgelegt werden. Alles deutet darauf hin, dass die NATO in Oslo neue Impulse erhalten wird und man die exponierten Militärspezialisten und deren Vertreter unter den Politikern auf das eigentliche grosse Ziel dieser grossen Verteidigungsorganisation des Westens verweisen wird.

Es geht in Oslo nicht mehr darum, ob nun die Atom- oder Wasserstoffbomben in die vordersten Gräben der europäischen NATO-Staaten gelegt werden sollen, wie es etwa Bundesverteidigungsminister Strauss noch vorschwebt. Richtschnur dürfte das Wort von Präsident Kennedy sein: "Unsere Verteidigungsposition muss sowohl flexibel als auch entschlossen sein. Jeder eventuelle Aggressor, der einen Angriff auf irgendeinen Teil der freien Welt plant, sei es mit herkömmlicher oder mit nuklearen Waffen, muss wissen, dass unsere Reaktion angemessen, ausgewählt, geschwind und wirksam sein wird."

Dieses Wort besagt zweifelsfrei, dass die Verteidigungskonzeption der NATO in all ihren Bereichen gleich wirksam und flexibel sein soll und dass es ein Unfug wäre, etwa bei Lübeck oder Hof Atomraketen zu stationieren. Die NATO-Tagung mit der Kennedy-Konzeption in Oslo wird den Skandinaviern in der Verteidigungsgemeinschaft entgegenkommen. Hier im Norden ist man nicht bereit, schwerste Atomwaffen aufzunehmen, hat aber gleichwohl bewiesen, dass die konventionellen Streitkräfte auf einen ausserordentlich guten Stand gebracht werden konnten und ihre natürliche Ergänzung durch eine freiwillige Zivilverteidigung gefunden haben.

Daneben soll in Oslo über das neue NATO-Interkommando für die Ostseeausgänge entschieden werden, einer Themenkreis zwar von nicht erst-rangiger Bedeutung, aber gleichwohl für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Dänemark sowie Norwegen von erheblichem Gewicht. Man hat im Norden mit steigendem Unbehagen die Atombomben-Strategie von Strauss registriert. Falls nur der nördliche Militärbezirk der Bundesrepublik, Schleswig-Holstein, mit Dänemark kommandomässig integriert werden sollte, eine Stationierung von Atomraketen (abgesehen von der Luftverteidigung) am Ostseerand und auf den Ostseeinseln würde man sich schon aus strategischen Zweckmässigkeitsgründen in Kopenhagen und Oslo verbieten.

Daneben wird neuerdings nicht nur aus dem skandinavischen und britischen Raum, sondern auch aus den Vereinigten Staaten selbst auf bestimmte Bestimmungen des Nordatlantikvertrages von 4. 4. 1949 verwiesen. Da heisst es beispielsweise in Art. 2, dass die Partner bestrebt sein werden, "Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen oder allen Vertragspartnern zu fördern". Im Zeichen der Bemühungen um eine Annäherung der Wirtschaftsräume EWG und EFTA gewinnt dieses Wort recht erhebliche Bedeutung. Sicher wird sich die Bundesrepublik in Oslo sagen lassen müssen, dass es für sie in Europa eine erst-rangige Aufgabe ist, über Deklamationen hinweg zu handfesten Vorstellungen zu kommen, die es sich England und den Skandinaviern erlauben, ein Zusammenschmelzen von EWG und EFTA mitzumachen.

Ein "Fall Eichmann" in Österreich ?

E.G.S. Kurz vor Beginn des Eichmann-Prozesses erfolgte ein aufsehen-
erregender Schritt jüdischer Persönlichkeiten bei der österreichischen
Botschaft in Tel-Aviv, der zur Zeit lebhaft bei den Wiener Behörden
diskutiert wird. Die Hintergründe dieses Protastschrittes gegen einen
"österreichischen Fall Eichmann" werfen neues Licht auf die Tragödie
eines der ältesten und kulturell hochstehendsten jüdischen Lebenszen-
trums, das alte jüdische Wohngebiet in Wilna. Die jüdische Gemeinde von
Wilna und Umgebung zählte vor dem letzten Kriege 80 000 Seelen, von
denen nur 2 000 die Schrecken der Nazizeit überlebten. Wilna ist auch
im literarisch-kulturellen und religiösen Leben des Judentums eine der
klassischen Stätten jüdischer Kultur in der Ericksensituation zwischen
Ost und West gewesen. Viele der vornehmsten Geister des Judentums ent-
stammten der litauischen Judenschaft.

Einer der Hauptverantwortlichen der Judenvernichtung von Wilna,
Franz Murar, gewesener Stellvertretender Gebietskommissar der Stadt
Wilna im nationalsozialistisch besetzten Osten, befindet sich auf frei-
em Fuße in Österreich, wie israelische Beamte feststellen mussten.

Es erschien deshalb bei den österreichischen Botschafter in Israel,
Dr. Ernst Luegmayer, eine Delegation, die von Dr. Leon Bornstein, Dozent
der Hebräischen Universität Jerusalem und Direktor des Jüdischen Welt-
kongresses in Israel geführt wurde, und zu der die Wissenschaftler,
Schriftsteller und Pädagogen Dr. Dvorzecki, Dr. Feigenberg, Lazar, Ma-
gic, Reznik, Scheftel, Suakower, Dr. Libo, Rinzanky, Schitzki, Kovner
und Nabozna-Wilastain als Überlebende des Ghettos Wilna gehörten, um
dagegen zu protestieren, dass Murar in Freiheit ist. Sie erklärten sich
bereit, als Zeugen der Anklage in einem Verfahren gegen Murar aufzu-
treten. Sie behaupten, persönliche Erfahrungen darüber zu haben, dass
der Genannte des Massenmordes an Zehntausenden von wehrlosen Menschen
in Litauen schuldig ist. Ausserdem verfügen sie über eine umfangreiche
Dokumentation über das Ende des Ghettos Wilna. Es wird verlangt, Murar
vor ein österreichisches Gericht zu stellen.

In einem weiteren Schritt bei den österreichischen Staatsbehör-
den des "Ausschusses gewesener Wilnaer" in Jerusalem, Haifa und Tel-
Aviv, dessen Vorsitzender Dr. Kopolowitsch ist, heisst es aus der dem
österreichischen Botschafter überreichten Note unter anderem: "Eine
Gruppe unserer prominentesten Vertreter, gewesene Massen des Ghet-
tos Wilna, hat uns von ihrer Initiative in Kenntnis gesetzt. Unsere
Landmannschaften möchten hiernit zum Ausdruck bringen, dass wir die-
sen Akt gutheissen ... und wünschen, dass diese Initiative von Erfolg
gekrönt werde und zur Bestrafung eines Kriegsverbrechens führe, dessen
Name bei allen ehemaligen Einwohnern Wilnas die traurigsten Vorstel-
lungen von dem Untergange dieser einst so blühenden jüdischen Gemeinde,
die mit Recht den stolzen Namen "Das Jerusalem Litauens" trug, erweckt.
Sie zählte einst 80 000 Seelen, von denen infolge der systematischen
Ausrottung durch Murars Anordnung kaum 2 000 übriggeblieben sind. Sei-
ne Freiheit ist eine Lästerung öffentlicher Moral und eine tiefe Be-
leidigung des heiligen Andenkens unserer Litauer, Brüder und Schwestern,
die Franz Murar in den Tod geschickt hat".

+ + +

Verantwortlich: Günter Märkscheffel